

Wahlfreiheit: Ist eine Quote die Endlösung?

„Die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät gehört in Sachen Frauenförderung zu den Spitzenreitern in Deutschland. An der Fakultät sind 18 Prozent aller Lehrstühle von Professorinnen besetzt.“

Darüber [freute sich Mitte letzten Novembers](#) Prof. Klaus Fesser, Leiter dieses akademischen Aushängeschildes der Universität Greifswald. Schenkt man nun weiteren Quellen Glauben, wird unser Planet heute die 100. Sonnenumkreisung beenden, nachdem Menschen zum ersten Mal einen Frauentag zelebrierten. Geboren wurde diese Idee im Kampf um das politische Stimmrecht für Frauen. Heute ist dieses fast überall Realität. Gibt es jetzt Anlass für ein euphorisches Resümee?

Unendlich viel wurde gestritten um das Thema Gleichberechtigung und Gerechtigkeit aus geschlechtsspezifischer Perspektive. [Fakten](#) wurden unzählige Male zitiert und wieder bestritten, Studien und Statistiken erstellt und wieder verrissen, Theorien entworfen und erbittert bekämpft. Vergebens?

Was bleibt nun noch Hilfreiches zur Frage beizutragen, ob und wie der Kampf um ein faires und menschenwürdiges Verhältnis zwischen Männern und Frauen, Frauen und Staat oder Frauen und weiblicher Natur heute zur Pflicht gehört oder die Kür darstellt?

Auf der Suche nach einem plausiblen Standpunkt habe ich noch gestern mit einer Sozialwissenschaftlerin mit solch fachlichem Schwerpunkt (liebevoll) über die Frage [gestritten](#), was zum Kampf um die Rechte der Frauen heute zu sagen bleibt.

Ist es wahr, dass in Deutschland mittlerweile eine sich verselbstständigte Gender-, Gleichstellungs- und Gleichberechtigungsindustrie in diesem Bereich von Politik und Gesellschaft gewachsen ist, wie einige meinen? Wäre sie als begrüßenswerter Faktor in der Evolution einer menschlichen Kultur erhaltenswert oder besser einzuschränken?

Stimmt es, dass der Streit für die Rechte von Frauen bereits vergleichbar irrationale und unhaltbare Ansichten wegen fanatisierter und verklärter Standpunkte hervorbringt, wie sie ihrer Natur nach einst Ausgangspunkt von grotesk anmutenden Herabsetzungen für die längste Zeit Teil der Menschheitsgeschichte waren - freilich regelmäßig zum Nachteil von Frauen?

Ist es wahr, dass es heute Zeit für eine Debatte über Männerdiskriminierung wegen eines ausufernden und irrationalen Gleichstellungswahns wird? Nicht wenige meinen das. Und nicht wenige sind Frauen.

Brauchen wir etwa eine „Frauenquote“ in unserer Gesellschaft oder enthält schon diese Idee eine Herabsetzung beider Geschlechter? Der Frauen, weil die Quote als Testament einer sonst nicht zu kompensierenden Unfähigkeit gesehen werden kann. Der Männer, weil sie als politischer Hebel im Kampf gegen die Konsequenzen eventueller Stärken wirken kann. Ist diese Quote einer offenen Gesellschaft aus mündigen und freien Bürgern würdig oder nicht?

Warum lösen wir unsere Probleme mit einer „Frauenquote“? Und warum erhalten Frauen bei Wahlen nicht einfach das doppelte Stimmrecht zur Durchsetzung ihrer Interessen gegenüber ihren männlichen Konkurrenten? Das würde doch auch was verändern. Warum ist die eine Idee nun blödsinnig und eine andere vernünftiger?

Man kann jedenfalls mit Fug und Recht behaupten, dass eine freie Gesellschaft nicht auf der drastischen Maximierung gesetzlicher Regulierungen basieren sollte – was vermutlich die Folge einer solchen „Quote“ und notwendiger Justierungen nach Klagen von Männern vor den Gerichten des Landes wäre.

Die Praxis einer offenen Vernunft unter Mitgliedern unserer zweifellos vernunftbegabten Spezies sollte mit möglichst wenig und möglichst einfachen Gesetzen auskommen können, um das gerechte und friedliche Miteinander zu klären. Wo hakt es, nachdem eine streitbare und streitende Marxistin vor so langer Zeit ihre Ideen in die Welt setzte?

Denn wohin man auf der Welt schaut: Fast überall - und auch in den vermeintlich aufgeklärten Gesellschaften Europas - scheint die Existenz von einem Penis als tragfähiges Indiz für die Chance auf gesellschaftlichen und persönlichen Erfolg und vor allem auf Führungspositionen gelten zu können. Auch in der Naturwissenschaftlich-Mathematischen Fakultät in Greifswald. Warum?

Aber sogar die dort arbeitenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden uns nicht endgültig abschließend die Frage beantworten können, welches Set unbestreitbarer Tatsachen und Qualitäten in der menschlichen Natur die vieldiskutierten Gleichberechtigungs- und Gleichstellungsprobleme letztlich hervorruft und am stärksten bestimmt.

Jedenfalls versorgen sie aber diejenigen mit wissenschaftlichen Fakten, die uns geschlechtliche Identitäten und ihre Charakteristika als schlichtes Produkt von bloßer Sozialisation verkaufen wollen. Östrogen oder Testosteron sind keine Einbildungen und Phantasieprodukte, sondern fußen auf empirischen Beobachtungen und allgemein erfahrbare Realität. Bei anderen Einflüssen könnte das anders aussehen.

Aber die engagierten Kritiker und Aufklärer von faktischen oder scheinbar existenten Ungerechtigkeiten in Bezug auf Frauen müssen heute nicht im Fokus der Frage stehen, woraus sich die für viele schon leidige Gender-Problematik wohl speist.

Es gibt andere Institutionen, die an den Pranger gehören. Denn dort wird die scheinbar fehlende Emanzipation und Unfreiheit nicht unablässig problematisiert, sondern propagiert. Dort ist es, wo unsere Kultur auf Basis von rationaler Kritik nicht evolviert, sondern wo man sich gegen Kritik mit allen Mitteln immunisiert.

Schauen wir nicht nach Schwerin oder Berlin. Denn im Herzen von Rom und Freiburg finden sich bemerkenswertere Ansprechpartner bei der Frage, wo Diskriminierung ihre Wurzeln haben könnte. Hier in Greifswald darf man die Frage stellen, wie sich das Phänomen des Katholizismus und ihrer Verfechter im Kampf um die Emanzipation von Frauen ausgewirkt hat und weiterhin auswirkt.

Der Blick auf die historischen Ursprünge spricht zunächst für sich. Weder Clara Zetkin noch die Mehrheit der Fürstreiter von Frauenrechten in der europäischen Geschichte zeigten sich als Anhänger des Papsttums und der damit verbundenen Ideen. Das Gegenteil ist der Fall.

Man sollte sich also die Frage stellen, welche Geistes- und Denkhaltungen von einer so einflussreichen Instanz gefördert oder auch bekämpft werden. Eine Instanz, welche die Chancen auf ihre zentralsten Ämter unmittelbar nach der Geburt eines Menschen und einem kurzen Blick auf primäre Geschlechtsmerkmale beurteilen kann. Benedikt XVI., Robert

Zollitsch und ihre Mitstreiter schaffen so etwas. Finden wir also hier prägende Zusammenhänge oder lediglich bloße Scheinkorrelationen?

Gesellschaftlich heikel ist dabei nicht nur die Verbreitung von Legenden aus und über heilige Bücher, die als Argumentationsgrundlage zum Erhalt unhaltbarer Zustände herangezogen werden - während man gleichzeitig von einer „Gleichwertigkeit in der Verschiedenheit“ schwafelt. Es ist auch der anti-aufklärerische und irrationale Impuls, der von solchen Orten ausgeht und sich in Denkansätzen immer wieder niederschlägt.

Man muss sich nicht groß wundern, woher verklärte Ansichten und die Unmöglichkeit in der Bewältigung von „echten“ Gerechtigkeitsdefiziten rühren, wenn mitten im angeblich aufgeklärten Europa die Differenzierung von Chancen auf höchste Ämter mit Unterscheidung nach Geschlecht millionenfach Anhänger findet. Wo vehement die Ansicht verteidigt wird, das Frauenrecht auf praktizierte Liebe zu einem liebenswerten Mann muss an der Rolle als Seelsorger und Bibelausleger scheitern. Wo die Forderung nach einem flächendeckenden Angebot kostenfreier Kindergärten verunglimpft wird, weil sie gewissen Rollenbildern widerspricht.

Dass in diesen Sphären etwas anderes möglich ist, bewies Margot Käßmann. Auch wenn ihre Verteidigung von seltsamen Theologien teilweise äußerst kurios wirkt, war sie Symbol einer irgendwie progressiven Alternative. Ein Symbol des Fortschritts und der Beweis, dass man die Dinge auch anders sehen kann. Anders machen kann.

Und Käßmann, die Ikone, wurde nicht zuletzt durch ihren protestantischen Mut populär, unbequeme Feststellungen zu treffen. „Nichts ist gut in Afghanistan“, hat sie berühmt gemacht. Ihre scharfe Kritik an der Verklärung des westlichen Engagements beim gescheiterten Versuch, nicht nur Wahlfreiheit und Frauenrechte in diese ferne Gegend der Welt zu tragen, veränderte unsere Gesellschaft – ein wenig.

Ein in Afghanistan auffindbares Phänomen bestimmte sogar hier im letzten Jahr für einige Wochen die mediale und politische Debatte. Wird in Deutschland ein Verbot gegenüber spezifischen Formen der Verhüllung von Frauenkörpern benötigt, so lautete die Frage. Anknüpfungspunkt war hier die Überzeugung oder vielleicht auch die Tatsache, dass Kleidungsstücke wie Burka, Nikab oder Kopftuch Symbole für die systematische Unterdrückung und Benachteiligung von Frauen wären.

Aber auch diese Forderung ist ebenso fragwürdig wie der Ruf nach einer Frauenquote. In einer aufgeklärten, freien und offenen Gesellschaft sollten Frauen das Recht haben, sich zu kleiden, wie sie es wollen und als sinnvoll erachten. Die Ursache über den bis heute in einige Kreise fortwirkenden Streit lag für manch engagierte Verteidiger der Frauenrechte woanders.

Denn es bleibt unklar, ob Körperverhüllungen tatsächlich als Recht oder als Pflicht praktiziert werden. Stellt man sich nun die Frage nach der Emanzipation und Freiheit von Frauen, wird klar: Solange erheblich Zweifel daran bestehen, ob die Bedeckung ihrer Körper ein Ausdruck der Selbstbestimmung oder Entmündigung und Verpflichtung ist, ist ein wichtiges Ziel im Kampf um Freiheit, Wahlfreiheit und Frauenrechte nicht erreicht.

Der Aspekt des Rechts auf „Wahlfreiheit“ müsste daher auch noch 100 Jahre nach dem ersten „Frauentag“ im Kampf um das Wahlrecht die Debatte bestimmen. Nicht nur beim erledigten Thema des politischen Stimmrechts, auch bei Fragen über die Freiheit zur Auswahl und Gestaltung weiterer Lebensperspektiven. Etwa, ernsthaft die Lehrtätigkeit an einer Universität

anzustreben oder Führungspositionen inne zu haben – und dabei nicht die Familie, sein Seelenheil oder die Liebe opfern zu müssen.

Das gilt daher auch bei Erörterung der Frage, ob der geringe Anteil von Hochschullehrerinnen in manchen Fächern ein ernstes Problem für eine aufgeklärte und ihrer Vernunftfähigkeit würdigen Menschheit ist oder nicht. Es könnte sich dabei sogar herausstellen, dass mehr als 20 Prozent in speziellen Disziplinen in diesem Stadium unserer Evolution nicht vernünftigerweise zu realisieren sind – das müsste zu akzeptieren sein, will man zwischen Wunschdenken und Wirklichkeit unterscheiden. Die Notwendigkeit, im Rahmen einer entsprechenden Klärung alle eindeutig irrationalen und unhaltbaren Meinungen zu kritisieren, besteht jedenfalls.

Streichen wir also doch zunächst die offenkundig überholten Ansichten aus einer ausufernden Debatte heraus und schauen dann weiter. Schauen wir hinter die Kulissen, wenn die Parteien im Bundestag oder Landesparlamenten über die „richtige“ Familien-, Sozialpolitik oder „beste“ Frauenförderung streiten. Und über das Recht auf Geburtenkontrolle oder die aktuell brisante Frage, unter welchen Umständen sich Frauen gegen eine vermeidbare Schwangerschaft mit wahrscheinlich schwerstbehinderten Nachkommen [entscheiden dürfen](#).

„Jeder Intellektuelle hat eine ganz besondere Verantwortung. Er hatte das Privileg und die Gelegenheit, zu studieren; dafür schuldet er es seinen Mitmenschen (oder ‚der Gesellschaft‘), die Ergebnisse seiner Studien in der einfachsten und klarsten und verständlichsten Form darzustellen“, so eine Meinung vom Philosophen Karl Popper.

Ein Ergebnis meiner Beobachtungen ist nun, dass die hiesige Menschheit und insbesondere ihre Frauen eher von etwas mehr als einem Internationalen Frauentag, wie von den Vereinten Nationen 1977 praktisch unverbindlich anerkannt, profitieren würde. Es wäre eine sanfte und simple Regelung. Fangen wir klein an, anstatt die Quotenkeule rauszuholen.

Es wird so wohl Zeit, für einen in unseren Landesgesetzen festgeschriebenen und deutlich „verbindlicheren“ Frauentag einzutreten. Als Zeichen der Ernsthaftigkeit, als Zeichen des Respekts und als Ausdruck unserer Prioritäten. Als garantierte Chance zur Reflexion oder zur Feier des Erreichten. Anstatt der „Quote“ und ihren unabsehbaren Konsequenzen.

Die Hamburger Politikerin und – amüsanterweise wiederum - bekennende Sozialistin und „Linke“-Politikerin Kersten Artus [geht hier seit einiger Zeit voran](#). Seit Jahren plädiert sie dafür, dass in der Hanse- und Universitätsstadt der Frauentag im Feiertagsgesetz verankert wird. Ein Argument ist die Tatsache, dass entsprechende Situationen in vielen Ländern der Welt bereits Realität sind. Frauentage sind dort offizielle Feiertage. Hier seltsamerweise nicht.

Einen für die Mehrheit arbeitsfreien Tag, um sich jährlich und breitenwirksam der kritischen Reflexion oder Würdigung von Frauen in unserer Gesellschaft zu erinnern und diese Debatte so gesellschaftlich zu verankern, sucht man vergebens.

Dabei wäre das, folgt man den zahllosen Kommentaren zu den Bestimmungen im Grundgesetz, auch deren vornehmste Aufgabe und kulturelle Funktion zur Sinn- und Identitätsstiftung. In der Regel, bis auf die heutige Ausnahme, huschen diese „Frauentage“ aber überwiegend unbemerkt vorüber oder werden als kommerzialisiertes Symbol praktiziert. Als ein Schatten von Zivilisation und progressivem Denken.

Frauen machen mindestens die Hälfte der Menschheit aus und ihre Lebenslagen, Wünsche, Hoffnungen und Schwierigkeiten gehen jeden Menschen etwas. Auch Benedikt XVI., andere Vertreter fragwürdiger Ideologien oder bekennende Alpha-Männchen wurden von Frauen zur Welt gebracht und gedeihen dank ihrer Fürsorge und Hingabe. Die Erforschung wirklicher Probleme sollten wir nicht mit bedeutungslosen Phrasen verdreschen und in halbgewalkten Appellen vernachlässigen.

Die Anhänger von Martin Luther brauchen sich bei diesem kritischen Plädoyer nun nicht fürchten, denn der Aufklärung durch Bibelübersetzungen und dem Wagemut zum Einsatz für fortschrittlichere Thesen kann man sicherlich auch in Zukunft einiges abgewinnen. Trotzdem sollte die Entwicklung hier nicht verharren, wenn das Bemühen um Gleichberechtigung und eine auf breiter Front verwirklichte Chance auf Wahlfreiheit für unsere Damen, die Nachwelt und unseren eigenen Anspruch auf intellektuelle Redlichkeit plausibel wirken soll.